



Tihange-Gegner: IHK nicht kritisch genug

Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie nutzt Informationsveranstaltung der Industrie- und Handelskammer zum Protest

VON MADELEINE GULLERT

Aachen. „Ist denn diese IHK nur für Strahlenbosse da?“ So lautete einer der Sprüche der rund 90 Demonstranten, die sich gestern Abend – ausgestattet mit gelben „Stop Tihange“-Schirmen und Plakaten – vor dem Gebäude der Industrie- und Handelskammer in Aachen versammelt hatten. Sogar aus Belgien waren Tihange-Gegner angereist. Der harte Kern der Bewegung protestierte nicht nur grundsätzlich gegen den umstrittenen belgischen Atommeiler Tihange 2, sondern auch gegen das Unternehmerrforum der IHK zu dem Thema. Der Vorwurf: Die IHK positioniere sich zu einseitig.

„Die IHK hat bislang nur Kernenergiebefürworter zu Wort kommen lassen“, kritisierte Jörg Schellenberg vom Aachener Aktionsbündnis für Atomenergie. Schellenberg räumte aber auch ein, dass die Kritik an der IHK nicht so leicht nachvollziehbar sei. Es gehe eben nicht nur um das Forum gestern, sondern die Geschichte zwischen der IHK und dem Tihange-Betreiber Engie-Electrabel.

Man könnte aber auch auf die Idee kommen, dass das Aktionsbündnis das Unternehmerrforum schlichtweg als gute Gelegenheit für einen Protest nutzte. Und auch auf die Idee, dass die Atomkraft-Gegner pikiert sind, weil sie anders als bei ähnlichen Tihange-Foren gestern Abend nicht auf dem Podium vertreten waren.

„Das gleiche Ziel“

Man habe doch dasselbe Ziel wie die Atomkraft-Gegner, sagte IHK-Hauptgeschäftsführer Michael F. Bayer, als er die Unternehmer aus der Städteregion Aachen, den Kreisen Düren, Heinsberg und Euskirchen begrüßte. Es gehe um die Sicherheit der Region. Er persönlich begrüße Proteste, aber wenn die IHK als Stein des Anstoßes betrachtet werde, „halte ich das für eine



Mit Schirmen und Plakaten protestierten gestern rund 90 Atomkraftgegner von dem Gebäude der Industrie- und Handelskammer Aachen (IHK). Sie finden, dass die IHK zu einseitig informiert. Foto: Andreas Steindl

äußerst abwegige Demonstration.“ „Die IHK und Engie-Electrabel setzen auf einen ‚konstruktiven Austausch‘, sagte Thierry Saegeman, Chief Nuclear Officer bei Engie-Electrabel. Erst Ende Mai dieses Jahres hatten sich 22 Unternehmer aus dem Bezirk in Brüssel über Tihange informiert, weil sie sich Sorgen um die Zukunft ihres Standorts machten.

In einer Pressemitteilung hatte die IHK damals die Transparenz Engies gelobt. Die Tihange-Gegner monierten in diesem Zusammenhang, dass sich die IHK nicht kritisch genug äußere. Allerdings hatte die Vollversammlung der

IHK sich schon im Januar in einer Resolution für eine Sanierung von Tihange 2 ausgesprochen. Bis dahin solle der Reaktor abgeschaltet werden, so die Forderung der Unternehmer.

„Restrisiken ausgeklammert“

Und auch gestern Abend war ein dezidiertes Tihange-Kritiker eingeladen. Professor Wolfgang Renneberg vom Büro für Atomsicherheit aus Bonn, der für die Städteregion Aachen eine Studie für den Fall eines GAU erstellt hat. Er kritisierte, dass in dem Diskurs die Restrisiken ausgeklammert würden.

Der Betreiber betone zwar, was er mache, aber die offenen Fragen würden ausgeklammert. Außerdem hätte es nie eine Genehmigung für die Reaktordruckbehälter mit den Fehlstellen geben dürfen.

Engie-Vertreter Saegeman sagte im Gespräch mit unserer Zeitung, dass ihn die Sorge der Menschen in der Region überrasche. Doch gerade angesichts der Ängste sei es wichtig, transparent zu sein. „Es gibt kein Kraftwerk ohne Risiko“, sagte Saegeman in seinem Vortrag. „Aber wir haben nichts zu verstecken.“ Man investiere jährlich 200 Millionen Euro in die sieben belgischen Atommeiler in Tihange und

Doel. Sie seien sicher, ja auch Tihange 2 und Doel 3, in deren Reaktordruckbehältern sich Tausende Haarrisse befinden. Das Unternehmen sei außerdem auf Angriffe von außen vorbereitet: Es gebe rund um die AKW Zäune, Kameras, Metalldetektoren, und 120 Wachleute und Soldaten schützten die Standorte.

Irrationale Sorgen?

Auch Jan Bens, Chef der belgischen Atomaufsichtsbehörde Fanc (Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle), gab einen kurzen Überblick über die Geschichte der Wasserstoffeinschlüsse, die 2012 gefunden wurden, die Anforderungen, die Engie erfüllen musste für das Wiederanfahren der Meiler und die Ultraschall-Untersuchungen.

Bens betonte, dass Tihange 2 und Doel 3, die strenger als andere Meiler überwacht würden, sicher seien. „Ich habe Angst vor Schlangen. Das ist irrational, aber so ist es“, bemühte er sein Beispiel, das er stets nutzt, um die Sorge der Tihange-Gegner als irrational darzustellen. Bens als Techniker müsse aber rational sein, und rational betrachtet gebe es keinen Anlass, Tihange 2 und Doel 3 abzuschalten. Es waren die üblichen Argumente von belgischer Seite.

Kai Weidenbrück vom Bundesumweltministerium relativierte diese Einschätzung etwas. Deutsche Experten könnten die Sicherheit der Meiler nicht bewerten, weil ihnen zu wenige Informationen zur Verfügung stünden. Man habe allerdings die Plausibilität des Vorgehens auf belgischer Seite nachvollzogen. Es sei plausibel, dass im Betrieb keine Kraft auf die Wasserstofflocken wirke. „Aber was bis heute nicht nachvollziehbar ist, ist die Argumentation von Engie, was einen Störfall angeht“, sagte Kai Weidenbrück. Und so bleibt wohl bei vielen schlichtweg Unsicherheit.

PROZESS BEGINNT



► Im Zusammenhang mit dem **Tod eines dreijährigen Jungen** aus dem Irak im September 2015 am Blausteinsee in Eschweiler muss sich ein 44 Jahre alter Gastronom vor Gericht verantworten. Wie das Amtsgericht Eschweiler gestern auf Anfrage unserer Zeitung mitteilte, beginne der Prozess gegen den Mann am 22. Januar 2018. Die Aachener Staatsanwaltschaft wirft ihm fahrlässige Tötung vor. Während eines Willkommensfestes für 150 Flüchtlinge war der Dreijährige von einem nicht im Boden verankerten Blumenkübel auf der Restaurantterrasse des Gastronomen (Foto: Archiv/Gego) erschlagen worden. Im Fall einer Verurteilung droht dem Mann aus Eschweiler eine Strafe von bis zu fünf Jahren Haft. (gego)

KURZ NOTIERT

65-Jähriger stirbt bei Unfall auf der A44

Jülich. Ein 65-jähriger Aachener ist am Mittwochabend bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Er hatte sich mit seinem Wagen auf der Autobahn 44 bei Jülich mehrfach überschlagen. Sein 54-jähriger Beifahrer wurde schwer verletzt. Der Unfall ereignete sich kurz vor der Ausfahrt Jülich-Ost. Ein 51-jähriger Autofahrer aus Jülich hatte den vorausfahrenden Aachener überholt. Dabei berührte er mit seinem Wagen nach Polizeiangaben das Fahrzeug des 65-jährigen. Beide Fahrer verloren die Kontrolle über ihre Autos. Der Beifahrer war gestern laut Polizei aber außer Lebensgefahr. Der 51-jährige Unfallverursacher fuhr mit seinem Wagen erst in den rechten Grünstreifen und prallte dann gegen die Mittelleitplanke. Er wurde leicht verletzt und erlitt einen Schock. (red)

Mahnwache am FZJ zu Besuch von Hendricks

Jülich. Das Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ ruft heute um 11 Uhr zur Mahnwache vor dem Haupteingang des Jülicher Forschungszentrums (FZJ) auf. Anlass ist der Besuch von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) im FZJ. Im Rahmen der 23. UN-Klimakonferenz in Bonn wird die Ministerin mit Gästen das Forschungszentrum besuchen. Vertreter des Aktionsbündnisses planen die Übergabe eines Statements des US-Umweltaktivisten Tom Clements an Barbara Hendricks. Dieses richtet sich gegen die geplante Verlegung von 152 Castorbehältern aus der ehemaligen Jülicher Kernforschungsanlage in die USA. (red)

KONTAKT

Regionalredaktion:
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Tel.: 0241/5101-397
Fax: 0241/5101-360
euregio-an@zeitungsverlag-aachen.de

Trübe Aussichten für klagende Kumpel im Ruhrgebiet

Lange haben Bergleute Kohle zum Heizen gratis bekommen. Doch die Tradition des Deputats geht zu Ende. Einige wehren sich noch.

VON WOLFGANG DAHLMANN

Hamm. Mit dem Aus der Steinkohleförderung im Ruhrgebiet wird Ende 2018 wohl auch eine weitere Kumpel-Tradition verschwinden: das Kohledeputat. Zwar kämpfen noch rund 400 Bergbaurentner vor dem Landesarbeitsgericht Hamm um einen lebenslangen Anspruch auf die Gratzkohle zum Heizen. Die ersten drei Betroffenen haben gestern jedoch wegen fehlender Aussicht auf Erfolg ihre Berufungsklagen gegen die Ruhrkohle AG zurückgenommen.

Die Ruhrkohle AG will das Kohledeputat streichen und alle rund 100 000 Betroffenen ab 2019 mit einer Einmalzahlung abfinden. So ist es im aktuellen Tarifvertrag mit der Gewerkschaft vereinbart worden. Die klagenden Bergbaurent-

ner wollen sich das nicht gefallen lassen: „Uns wurde versprochen, dass wir bis ans Lebensende Kohle bekommen“, schimpfte der frühere Steiger Roman Olesch aus Hamm gestern in der Verhandlung.

„Wenn die Gewerkschaft uns gerufen hat, waren wir Kumpel immer da. Aber jetzt hat sie sich auf die Seite der Arbeitgeber geschlagen. Das ist unfair und ungerecht.“

Derzeit haben frühere Bergleute Anspruch auf 2,5 Tonnen Kohle im Jahr. Viele nutzen diese tatsächlich immer noch zum Heizen. Das hat Tradition im Ruhrgebiet. Aktive Bergleute bekommen sogar sieben Tonnen. Wie viele andere Bergbaurentner lässt sich Olesch selbst allerdings schon seit Jahren keine Kohle mehr in natura liefern. Stattdessen kassiert er 122,20 Euro



Schluss mit Gratis-Kohle? Mit dem Aus der Steinkohleförderung droht Ende 2018 die Kumpel-Tradition zu verschwinden. Foto: dpa

pro Tonne in bar als sogenannte Energiebeihilfe. Doch auch diese Zahlungen will die RAG nicht fortsetzen, sondern durch die Einmal-

abfindung ersetzen. Die 9. Kammer des Landesarbeitsgerichts stellte gestern in drei Musterverfahren klar, dass sie

mit dieser Vorgehensweise keine Probleme hat. Was tarifvertraglich geregelt sei, könne nur in Ausnahmefällen von einem Gericht gekippt werden. Und ein solcher Ausnahmefall liege beim Kohledeputat nicht vor.

Mit ihren klaren Worten in den drei Musterverfahren haben die Richter ein deutliches Zeichen auch für die übrigen rund 400 Klagen gesetzt. Entschieden sind diese aber natürlich noch nicht. „Es gibt immer Einzelfälle, die besondere Betrachtung erforderlich machen“, hieß es am Donnerstag.

Rechtsanwalt Daniel Kuhlmann, der die drei Bergbaurentner in den Verfahren vertrat, will nicht aufgeben. „Wir gehen weiter davon aus, dass wir gute Argumente auf unserer Seite haben“, sagte er nach der Verhandlung.

AZ AN
ABOplus
Mehr für mich.

Preisrabatte
für Abopplus-Kunden

Erleben Sie den Weihnachtscircus

Exklusive Familienshows am 02.01.2018 für Abopplus-Kunden

FAMILIENSHOWS

Preisvorteil:
39,90 € PK 1, regulär 57,- €
29,90 € PK 2, regulär 52,- €
19,90 € PK 3, regulär 45,- €
jeweils zzgl. 1,- € Servicegebühr
Termine: 2. Januar 2018,
15.30 Uhr oder 19.30 Uhr

Abopplus-Kunden erhalten auf alle anderen Shows **20 Prozent Rabatt.**

Ort: Bendplatz Aachen, Süsterfeldstraße

Tickets zu diesen Sonderkonditionen (max. 6 pro Abopplus-Karte) erhalten Sie beim Kundenservice Medienhaus vor Ort. Adressen in Ihrer Nähe finden Sie auf der 1. Lokalseite Ihrer Tageszeitung. Bitte halten Sie beim Kauf Ihre Abopplus-Karte bereit.

Ein Angebot aus dem

MEDIENHAUS
AACHEN

